

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 6.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsinterate pro 3gespaltene Zeile oder deren Raum 25, für Bahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, den 9. Februar 1907.

Verlag: A. Lohrberg, Hannover, Mühlstr. 5.
Verantwortlicher Redakteur:
H. Schneider, Hannover, Mühlstraße 5, III.
Fernsprech-Anschluß 3002.
Druck von E. H. Meißner & Co., Hannover.

16. Jahrg.

Zur Beachtung!

Heute ist der 6. Wochenbeitrag fällig.

Nach der Schlacht.

Die Wahlschlacht ist vorüber! Ein heißes, erbittertes Ringen war's, und wir sind unterlegen. Das Ergebnis der Stichwahlen liegt allerdings zur Zeit, da diese Zeilen in Druck gehen, noch nicht vor, aber es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Partei, die als Interessenvertretung der Arbeiter fast allein in Betracht kommt, eine erhebliche Einbuße an Mandaten erleiden wird. Es wäre Torheit, die Niederlage vertuschen oder in einen Erfolg umlagern zu wollen, denn dadurch würden wir uns die Möglichkeit verschließen, aus ihr zu lernen.

Gewiß, die Partei als solche kann auf den Stimmenzuwachs hinweisen und das Maß an Mandaten als durch das Plus an Stimmen ausgedrückt hinstellen, und je nach der persönlichen Bewertung des Parlamentarismus kann man das als einen guten oder schlechten Trost hinnehmen. Für uns als Gewerkschaftler kommen aber in erster Linie die Mandate in Betracht, wir brauchen im Reichstage eine starke Partei, die den reaktionären Gelästen der mit Krant- und Schlotjüngern durchsetzten und von ihnen beeinflussten Parteien und deren, zur Zersplitterung Regierung genannten, Helfershelfern einen Damm entgegensetzen kann. Der Einfluß einer Partei im Reichstage ist aber in erster Linie abhängig von der Zahl der Mandatsträger und erst in zweiter Linie von der Zahl der Wähler, deren Interessen und Ueberzeugung sie vertreten. Deshalb ist auch der Zuwachs der Wähler, so erfreulich er ist, für die Gewerkschaften weit weniger ein Ersatz für die verlorenen Mandate wie für die Partei.

Nichts wäre nun aber unfinniger und verkehrter, als wenn wir über dieses ungünstige Ergebnis der Wahlschlacht stöhnen und gereinen würden. Wer Schlachten gewinnen will, muß auch welche verlieren können, und wer keine Niederlage vertragen kann, soll betteln, aber nicht kämpfen. Noch nie und nirgends ist der Kampf einer unterdrückten Klasse gegen ihre Unterdrücker ein ununterbrochener Siegeszug gewesen, immer hat die herrschende Klasse die Andrängenden von Zeit zu Zeit unter rücksichtsloser Anwendung aller ihr zu Gebote stehenden ökonomischen und politischen Machtmittel zurückgeworfen, aber es sind noch immer Pyrrhussiege gewesen. Denn die natürliche Entwicklung und der unermüdete Kleinkampf des Tages entwinden ihr immer mehr diese Machtmittel, immer größer wird das Maß von Energie, das sie anwenden muß, um den Ansturm zurückzuschlagen, und immer kleiner wird der Erfolg, bis er zuletzt ganz ausbleibt.

Obwohl also das Ergebnis der Reichstagswahlen absolut keinen Anlaß zur Kopfhängerei bietet, sind wir doch verpflichtet, den Ursachen der Niederlage nachzugehen, wir müssen zu erkennen suchen, welche äußeren Umstände es gewesen sind, die das Wahlergebnis zu unseren Ungunsten gestaltet haben. Wir können die Ursachen außerhalb der Sozialdemokratie suchen, indem wir erklären, die Gegner haben mit allen Mitteln der Lüge und Verleumdung gearbeitet, sie haben sich unter Verleugnung ihrer Grundzüge und Forderungen zu einer einheitlichen Masse vereinigt, sie haben an die niedrigsten Instanzen appelliert und die Nachteile einer schlechten Schulbildung für sich ausgenutzt usw.

Das ist zwar alles ganz richtig und eine durchaus akzeptable Erklärung für den Erfolg der bürgerlichen Parteien, beweist aber doch vor allem, daß es noch viel Arbeit gibt, die weder die Ideen des Sozialismus begriffen haben, noch ihre eigene Klassenlage klar erkennen. Diese Erkenntnis wächst aber nicht in die Köpfe, sondern muß hinein getragen werden, und damit fällt die Schuld auf die Partei zurück. Es kann sich hierbei selbstverständlich nicht um einen Vorwurf handeln, denn so leicht läßt sich die Tatsache konstatieren, daß zu wenig geschehen ist, so schwer ist es zu beweisen, daß mehr hätte geschehen können.

Die außerordentlichen Anstrengungen der bürgerlichen Parteien, die nicht nur einen erheblichen Prozentsatz der Nichtwähler auf die Beine gebracht haben, sondern auch einen nicht geringen Teil der Wähler der Sozialdemokratie in ihre Reihen zurückzuziehen, kann nur zum Teil durch den Wahlsieg der Partei im Jahre 1903 erklärt werden. Zweifellos wirkt hier die veränderte Stellungnahme der Partei, oder vielmehr gewisser Kreise der Partei, gegenüber der heutigen Gesellschaft mit.

Jahrzehntlang war die Evolution Trumpf, die Sozialdemokratie war die Partei der friedlichen Entwicklung, die bei ihrer absoluten Gesetzmäßigkeit rote Backen und pralle Muskeln bekam; selbst das Wort von Marx: daß „die Gewalt der Geburtshelfer einer jeden neuen Gesellschaftsordnung ist“, wurde dahin interpretiert, daß diese Gewalt von den Gegnern des Sozialismus inszeniert werden würde. Da, während sich gerade in Deutschland der Kapitalismus noch einmal aufrecht in seiner ganzen Macht und Größe und dem objektiv Schauenden zeigt, daß die Entwicklung keine Sprünge macht,

fällt plötzlich das Wort: „Seht ihr denn nicht, daß jetzt die Zeit gekommen ist, wo die Evolution in die Revolution umschlägt?“ Der legitime Erzeuger dieses, von beispielloser Verkennung der eigenen wie der gegenüberstehenden Kraft zeugenden Wortes ist die russische Revolution; der unvorsichtigen Mutter kann man höchstens den etwas pharisaisch klingenden Vorwurf machen, daß sie ihre kritische Ehre zu leicht daran gegeben. Zweifellos wäre diese eine Ausrufung wirkungslos verhallt, wenn nicht zu gleicher Zeit von der gleichen Bewegung eine ganze Anzahl zum Teil recht spröder Politiker mit ähnlichen Gedanken und Ansichten geschwängert worden wäre.

Diese Revolutionsromantiker aber, die den Kapitalismus in den letzten Zügen und die Revolution vor den Toren sahen, beeinflussten die Handlungen und Beschlüsse der Partei und gefährdeten durch ihre unruhige Hast und planlose Projektmacherei die ruhige Sicherheit und Geschlossenheit, deren Ursache die Gewißheit des endlichen Sieges ist. Selbstverständlich blieb dies nicht ohne Einwirkung auf die Anhänger der heutigen „Ordnung“. Diejenigen, welche die Drohung ernst nahmen, rüsteten sich zum Widerstande, und die sie nicht ernst nahmen, benutzten sie, um den denkwürdigen Spießer, der das Gros der Wählerstimmen bildet, aufzuschrecken und an die Urne zu bringen. Aber auch das Heer der Mitteläufer und Oppositionspolitiker, denen die Bewegung alles, das Ziel nichts ist, die mit ihrem Stimmzettel nicht ihre sozialistische Gesinnung, sondern nur ihre Unzufriedenheit mit irgendwelchen Einrichtungen des Staates bekunden wollen, ist durch diese Taktik in die Reihen der bürgerlichen Parteien zurückgetrieben worden. Man kann das vom rein prinzipiellen Standpunkt aus als einen Vorteil betrachten, faktisch und praktisch ist es ein Nachteil, auf jeden Fall ist es ein Moment, das bei Wertung der Wahl mit in Rechnung gestellt werden muß.

Aber auch unsere eigenen Klassengenossen, die Arbeiter, sind von den Gegnern der Sozialdemokratie unter geschickter Ausnutzung und Auslegung der Verhältnisse kassiert worden. Indem die Gegner fortwährend die Sozialdemokratie als die Partei des gewalttätigen Umsturzes hinstellten, die die russische Revolution nach Deutschland verpflanzen wolle, und diese Behauptung mit allerhand gesammelten Brocken „beweisen“ konnten, haben sie unter rücksichtlosen Arbeiterschichten ein Vorurteil gegen die Partei erzeugt, dessen Beseitigung nicht leicht sein wird.

Die Arbeiter kommen in ihrer Mehrheit nicht zur Sozialdemokratie, weil diese die Gesellschaftsordnung umzuwandeln will, sie kommen vielmehr, weil die Partei sich reibliche Mühe gibt, die Lage der wirtschaftlich Schwachen im Rahmen der heutigen Ordnung zu bessern. Wenn sie die Notwendigkeit einer Umänderung der bestehenden Ordnung begriffen haben, sind sie in der Regel schon vorher sozialdemokratische Wähler, zum Teil auch formelle Parteiangehörige gewesen. Die objektive Würdigung dieser Tatsache dürfte verhindern, daß in Zukunft der unermüdete Kleinkampf des Tages, der sein Ziel nicht außerhalb, sondern innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung sucht, als Sisyphusarbeit bezeichnet wird.

Der Ausfall der Reichstagswahlen zeigt aber auch die ganze Widerständigkeit des Planes, die ultimo ratio des Proletariats einzusetzen, um irgend ein plutokratisches Landtagswahlrecht zu verbessern. Ueberhaupt dürfte eine etwas vorzüglichere Bewertung realer Machtverhältnisse ein ebenso notwendiges wie nützlicheres Ergebnis des verflochtenen Wahlkampfes sein.

Selbstverständlich lassen sich auch noch eine ganze Reihe anderer Momente anführen, die den Wahlkampf ungünstig beeinflusst haben. Bürgerlichen Preßberichten zufolge soll Bebel geäußert haben, daß die Erfolge der Gewerkschaften die Kleinmeister gegen die Sozialdemokratie mobil gemacht haben, außerdem habe ihr die Agitation gegen die Fleischnot auf dem Lande geschadet. Wir bezweifeln vorläufig diese Angaben, denn die Kleinmeister sind noch nie große Freunde der Sozialdemokratie gewesen und die sozialdemokratischen Wähler auf dem Lande rekrutieren sich nicht aus den Schichten, die von hohen Fleischpreisen Vorteil, sondern aus denen, die Nachteile davon haben. Stichhaltiger ist schon der Einwand, daß das Aufrollen der „nationalen Frage“ oder besser, der „nationalen Phrase“ zugunsten der bürgerlichen Parteien gewirkt hat.

Jedenfalls hat die Sozialdemokratie absolut keinen Anlaß, entmutigt zu sein. Es war eine Niederlage, der viele Siege vorangegangen sind und der viele Siege folgen werden. Sie wird aus derselben ihre Lehren ziehen und diese Lehren im kommenden Kampfe verwerten. Jeder überzeugte Anhänger der Partei aber wird daraus die Erkenntnis schöpfen, daß er noch mehr wie bisher arbeiten und werben muß, um recht bald die Scharte wett machen zu können. Dann wird es nicht lange dauern und ein herrlicher Sieg lohnt die Arbeit und zeigt den bürgerlichen Mischmaschpolitikern, daß die Sozialdemokratie wohl zurückgedrängt, aber nie überwunden werden kann.

Gefahren der Arbeit.

II.

Nächst dem Staub bilden die industriellen Gifte eine außerordentliche Gefahr für die Arbeiterschaft. Blei, Kupfer, Zink, Quecksilber, Arsenik, Bor, Kohlenoxyd, Benzol, Nitrobenzol, Anilin, Petroleum, Teer usw. sind Gifte, die mehr oder weniger schnell oder mehr oder weniger vollständig die Gesundheit der Arbeiter zerstören. Das gefährlichste, weil am weitesten verbreitet, ist zweifellos das Blei. In den Werken des französischen Arztes Dr. Layet über „Industrielle Hygiene“ finden wir allein 111 verschiedene Gewerbe verzeichnet, die bleihaltige Substanzen verwenden. Für unsere Mitglieder kommen in erster Linie folgende Industrien in Betracht: Zinkhütten, Bleiweiß- und Bleifarbenfabriken, Betriebe zur Herstellung von Akkumulatoren, die keramische Industrie, die Tapeten- und Papierfabriken, die chrombleihaltiges Papier verwenden oder herstellen, die Wachsdruckfabriken, die Bleiverbindungen usw. Schon diese kurze Aufzählung läßt die ungeheure Verbreitung dieses Giftes erkennen.

Es gibt allerdings Personen, die jahrelang mit bleihaltigen Substanzen arbeiten und trotzdem nicht erkranken, während andere schon nach wenigen Monaten von der Bleivergiftung befallen werden.

Symptome der Bleivergiftung sind in der Regel zuerst Störungen des Allgemeinbefindens, namentlich der Verdauung, Druck in der Magengegend, Aufstoßen nach dem Essen, mangelhafter Appetit, metallischer Geschmack im Munde usw. Die Körperkräfte sinken, die Gesichtsfarbe wird fahl und an der die Zähne umkleidenden Schleimhaut bildet sich ein graublauer Saum. Dieser sogenannte Bleisaum ist aber nicht bei allen Bleierkrankungen vorhanden. Ein weiteres Anzeichen der Bleivergiftung ist die sogenannte Bleikolik, das sind heftige Schmerzen im Unterleib, namentlich in der Gegend des Nabels. Häufig sind auch Bleilähmungen, die oft die vollständige Hilflosigkeit des davon Befallenen zur Folge haben, Störung des Sehvermögens und der Gehirnfunktionen sind ebenfalls, wenn auch seltener, beobachtet worden.

Gesetzliche Vorschriften zum Schutze gegen Bleivergiftung bestehen für Zinkhütten, Bleifarben- und Bleizuckerfabriken, Buchdruckereien, Maler und Lackierer usw., außerdem haben einige Städte (Berlin, Dresden, Leipzig) auf Grund von § 120 d der Gewerbeordnung Schutzvorschriften gegen Bleivergiftung erlassen. Für eine der gefährlichsten Industrien, der keramischen, bestehen Schutzbestimmungen zurzeit nicht. Es ist aber vom Reichskanzler den Bundesregierungen der Entwurf einer Verordnung zugestellt und von diesen den Gewerbeaufsichtsbeamten zur Begutachtung unterbreitet worden. Die Aufsichtsbeamten haben es dann zum Teil als ihre Pflicht betrachtet, den Unternehmern recht reichliche Gelegenheit zur Begutachtung des Entwurfs zu geben, die Arbeiter wurden, wie immer, übergangen. Wir haben deshalb den Entwurf in der vorigen Nummer des „Proletarier“ unseren Mitgliedern zur Begutachtung unterbreitet. Als Beweis für die Notwendigkeit des gesetzlichen Schutzes führen wir nachstehend einige Zahlen an.

Eine Anfrage bei den 23 Ofenglasierern der 4 größten Ofenfabriken Meißens, die mindestens 1 Jahr als Glasierer beschäftigt waren, ergab folgendes Resultat:

Während ihrer Beschäftigung als Glasierer erkrankten überhaupt:

je einmal	8 Glasierer, gleich	8 Erkrankungsfälle
„ zweimal	5 „	10 „
„ dreimal	2 „	6 „
„ fünfmal	1 „	5 „
„ sechsmal	1 „	6 „

Sa. 17 Glasierer mit 35 Erkrankungsfällen.

An Bleivergiftung *) erkrankten:

je einmal	6 Glasierer, gleich	6 Erkrankungsfälle
„ zweimal	5 „	10 „
„ dreimal	1 „	3 „

Sa. 12 Glasierer mit 19 Erkrankungsfällen.

Die Gesamtdauer der Erkrankungen betrug . . . 142,5 Wochen
Durchschnittliche Dauer einer Erkrankung . . . 4,07 „
Die Gesamtdauer der Bleivergiftung betrug . . . 83,5 „
Durchschnittliche Dauer einer Bleivergiftung . . . 4,4 „
Durchschnittliche Dauer einer Krankheit nach Abzug der Bleivergiftungen . . . 3,7 „
Prozentualer Anteil der Bleivergiftungen an den gesamten Erkrankungen:

1. Personen (12 von 17) . . . gleich ca. 70 Prozent
 2. Erkrankungsfälle (19 von 35) . . . „ 54 „
 3. Krankheitswochen (83,5 von 142,5) . . . „ 59 „
- Ueberhaupt nicht erkrankt waren 6 Glasierer, gleich ca. 26 Prozent.

*) Zweifelhafte, von den Ärzten als Magenkrampf, Darmkolik usw. bezeichnete Fälle sind nicht als Bleivergiftung gezählt.

Die oben angegebenen Fälle stellen selbstverständlich nur einen Bruchteil der in den betreffenden Betrieben vorgekommenen Bleivergiftungen dar. Sie umfassen nur die Arbeiter, die seit mindestens einem Jahr glasklaren und diese Tätigkeit auch jetzt noch ausüben. Es erkranken also die Zusammenstellung nur auf die widerstandsfähigsten Arbeiter, denn die anderen werden durch die Wirkung des Giftes in der Regel schon vor Ablauf eines Jahres zur Aufgabe dieser Beschäftigung gezwungen. Außerdem passieren Bleivergiftungen nicht nur bei den Glasklern, sondern auch bei den Einlegern, Ablagern und namentlich bei den mit Putzen, Abtragen und Glaskieren beschäftigten Arbeiterinnen.

Die Wirkung des Bleies ist bei den Frauen aber doppelt verheerend. Nicht nur die Frau, sondern auch die Nachkommen verfallen den verderblichen Einflüssen des Giftes. Der französische Arzt Dr. Constantin Paul konstatierte, daß von 164 Schwangeren, bei denen die Mutter an Bleikrankheit litt, 64 Fehlgeburten vorkamen, außerdem 4 Früh- und 5 Totgeburten, von den übrigen 97 Kindern starben 20 schon im ersten Lebensjahre. Ein anderer Arzt, Jadin, stellte fest, daß von 3000 schwangeren Frauen, die in Töpfereien beschäftigt waren, 609 Fehlgeburten hatten.

Als interessanten Beleg dafür, mit welcher Gewissenhaftigkeit die Gewerbeinspektionen zum Teil ihres Amtes walten, sei erwähnt, daß der Beamte, in dessen Bezirk die oben erwähnten Bleivergiftungen vorkamen, in seinem Bericht für das Jahr 1905 die selben mit keinem Worte erwähnt. Dagegen verzeichnet der Bericht eine außerordentlich rege Tätigkeit desselben Beamten für die — Arbeitgeber.

Ueber die Häufigkeit der Bleivergiftungen in den genannten Betrieben gibt auch die Krankheitsliste der angezogenen Zahlstelle unseres Verbandes wenn auch nicht erschöpfendes, so doch immerhin wertvolles Material. Sie verzeichnete in der Zeit vom 1. Oktober 1905 bis 1. Januar 1907 für zwei der größten Dienstfabriken 74 Krankheitsfälle. Davon entfielen auf:

Menstruationsstörungen	12 Fälle	gleich ca. 16 Prozent
Erkrankungen der Lunge	13	17
Unfälle	8	11
Bleivergiftung	16	22
Nagen und Darmkrankheiten	8	11
Sonstige Krankheiten	17	23

Das Material ist deshalb unvollständig, weil es nur die Mitglieder der Organisation umfaßt, und hier von nur diejenigen, die Unterstützung erhalten haben, also mindestens ein Jahr Mitglied und länger wie eine Woche krank gewesen sind. Die Zahl der gesamten Erkrankungen, und selbstverständlich auch die Zahl der Bleivergiftungen ist wesentlich höher. Außerdem ist bei dieser Zusammenstellung zu beachten, daß sie auch diejenigen Arbeiter der betreffenden Betriebe umfaßt, die mit Blei überhaupt nicht in Berührung kommen. Auch dürfte die Annahme nicht unberechtigt sein, daß einzelne der vom Arzt mit Nagenkrampf oder Darmkolik bezeichneten Krankheiten auf die Einwirkung des Bleies zurückzuführen sind.

Wir wollen den Ärzten nicht unterstellen, daß sie Bleivergiftungen, die sie als solche erkennen, anders benennen, immerhin ist es nicht uninteressant, eine Äußerung des Professors Sommerfeld, die er auf der Generalversammlung des Komitees der Internationalen Vereinigung für gesetzliche Arbeiterschutz im September 1904 machte, hier anzuführen. Er sagte aus:

„Ich habe in einem Krankenhaus in einer sehr industriellen Gegend Bleivergiftungen gesehen von so intensiver Natur, wie ich sie an meinem Wohnort, in Berlin, niemals gesehen habe und nicht mehr sehen werde. Da fragte ich meinen Kollegen, den Krankenhausarzt: Sind diese Krankheitsfälle als Bleivergiftungen gebucht? Er sagte: Nein, das ist nicht der Fall, der Mann leidet ja an Nagenkrampf, an Gelenkerkrankung, und ist so rubriziert. Die natürliche Ursache davon war die, daß der Arzt in einem Bezirk wohnte, wo die ganze Krankenhausverwaltung in Händen der Bleifabrikanten liegt.“

Professor Sommerfeld erklärt also, daß die Abhängigkeit der Ärzte zur Verheimlichung solcher Krankheiten, die dem Arbeiter unangenehm sind, und das sind gewerbliche Vergiftungen fast immer, führen kann. Die oben angeführten vier Punkte haben wir, mit Ausnahme des letzten, Betriebskennzeichen; die Ärzte sind also alle abhängig vom Unternehmer und die Gefahr einer Vertuschung der Vergiftungen ist gegeben, wenn nicht besonders charakteristische Symptome im Bereich kommen. Bisher dürfte von einer Vertuschung nicht die Rede sein, das ist aber weniger ein Verdacht der Ärzte als eine Folge der ungläublichen Rücksichtslosigkeit der damaligen Gewerbeinspektion, die den geradezu haarsträubenden Zuständen in den Betrieben fast gar keine Aufmerksamkeit schenkte. Richtig ist nun dort ein neuer Beamter eingestellt worden und es liegt zu hoffen, daß er der Angelegenheit mit Aufmerksamkeit nachgeht.

Die wirksame Schutzmaßnahme gegen Bleivergiftung in den keramischen Industrie wäre zweifellos Ertrag der giftigen Stoffen durch ungenügende. Die Unternehmer bestritten das Verbot durch ungenügende Ertrag, obwohl schon im Jahre 1899 eine von der englischen Regierung eingeleitete Kommission von Arbeitgebern und Arbeitnehmern erklärte, daß die Bleivergiftungen durch ungenügende Ertrag entstehen könnten. Auf der dritten Generalversammlung des Komitees der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz lag eine Resolution vor, die ungenügende Ertrag als Ursache der Vergiftung bezeichnete. Diese Resolution wurde durch die Arbeitgeber, faktisch erzwungen, und der Gewerbeinspektor in London erklärte im Jahre 1898 in seinem Bericht, daß Ertrag für die giftigen Stoffe vorhanden sei, von den Arbeitnehmern aber nicht Feuerungsmaterial erforderliche. Anstatt dieser ungenügenden Erträge, die von den

unbeteiligten Seite kommen, sollte es die Regierung als ihre erste Pflicht betrachten, dieselben auf ihre Wichtigkeit zu prägen, und falls sie sich bewähren, müßte unbedingt das Verbot der Verwendung bleihaltiger Glasuren erfolgen.

Soll aber unter Beibehaltung der bisher verwendeten giftigen Glasuren die Gesundheit der Arbeiter wirklich geschützt werden, so müssen dazu schon andere durchgreifendere Maßnahmen getroffen werden, wie die zurzeit geplanten. Neben der Sicherung eines ausreichenden Minimallohnes und einer wesentlichen Herabsetzung der Arbeitszeit, die wir schon in der vorigen Nummer forderten, müßte jede Arbeit für solche Personen, die bei ihrer Arbeit mit bleihaltigen Glasuren in Berührung kommen, verboten werden. Gerade ist besonders die Alltagsarbeit, die den Arbeiter zu rücksichtsloser Ausnutzung seiner Kräfte zwingt und jede Beachtung der Gefahr unmöglich macht, schuld an der enormen Zahl der gewerblichen Vergiftungen. Um Verhinderungen der Vergiftungen zu vermeiden, dürften für derartig gefährliche Betriebe Betriebskrankenkassen nicht zugelassen werden, sie müßten den Ortskrankenkassen angegliedert und damit unabhängigen Ärzten unterstellt werden. Selbstverständlich müßten die betreffenden Kassen das Recht haben, der erhöhten Krankenziffer entsprechende höhere Beiträge von dem Unternehmer zu fordern, sowie notwendige und durchführbare Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter anordnen zu dürfen.

Vor allen Dingen aber müssen alle Schädigungen der Gesundheit, die auf Einflüsse gewerblicher Gifte zurückzuführen sind, als Unfälle gewertet und entschädigt werden. Dadurch wird nicht nur das Reich entlastet, dem Arbeiter eine etwas bessere Entschädigung garantiert, sondern auch der Unternehmer, beziehungsweise die Berufsgenossenschaft gezwungen, der Verhütung gewerblicher Vergiftungen mehr Aufmerksamkeit wie bisher zu widmen.

Gewerkschaftsorganisation und Löhne.

Das Statistische Amt der Stadt München hat im Winter 1905/06 eingehende Löhnermittlungen im Baugewerbe und im Nahrungsmittelgewerbe vorgenommen, die sich im ersten Falle auf 16 000 = 95-98 Prozent aller, im zweiten auf 14 300 Arbeiter erstreckten. Von dem Ergebnis dürfte nun besonderes Interesse eine Gegenüberstellung der Löhne der betreffenden Arbeitergruppen in München und in Berlin haben. Für die im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter ergibt sich dabei folgender Stundenverdienst nach Angaben der Arbeitnehmer:

Arbeiterkategorie	Stundenverdienst	
	in München	in Berlin
Hochbauarbeiter	50-54	67 1/2
Maschinenarbeiter	55-60	82 1/2
Kanalarbeiter	65-70	67 1/2
Bauhilfsarbeiter	38	45
Dachdecker	45-60	67 1/2
Malergehilfen	45-48	50-55
Plasterer	55	75-85
Bauhilfsarbeiter	49-64	50
Zimmerleute	49	67 1/2
Baugelager	30-45	50-60

Die Berliner Bauarbeiter weisen also fast durchweg — mit Ausnahme der Bauhilfsarbeiter — ein viel höheres Lohnniveau auf als die Münchener. Die Differenz beträgt bis zu 26 Pf. pro Stunde und hält sich im Durchschnitt auf 10-12 Pf. Auch der Wochenverdienst der Berliner Bauarbeiter ist, obgleich auf Grund einer kürzeren täglichen Arbeitszeit erzielt, noch ein besserer, wie aus folgender Aufstellung hervorgeht:

Arbeiterkategorie	Wochenverdienst		bei einer tägl. Arbeitszeit von	
	in München	in Berlin	in München	in Berlin
Hochbauarbeiter	31,20	38,45	10	9
Maschinenarbeiter	34,50	44,55	10	9
Kanalarbeiter	42,-	48,-	10	9
Plasterer	33,-	41,40	10	9
Bauhilfsarbeiter	32,76	45,90	8 1/2	8 1/2

Man wird — mit Recht — geneigt sein, diese Differenzen zum Teil aus den verschiedenen hohen Kosten der Lebenshaltung in den beiden Großstädten zu erklären. Gewiß spielen die örtlichen Preisverhältnisse bei der Festsetzung der durchschnittlichen Lohnhöhen eine große, ja die erste Rolle. Daß aber dieses Moment durch andere Faktoren in seiner Wirkung beeinflusst und sogar aufgehoben werden kann, beweist die andere denkwürdige Gegenüberstellung der Löhne der in den beiden Städten beschäftigten Arbeiter im Nahrungsmittelgewerbe. Hier liegen bloß Angaben über den Wochenverdienst, der in München in diesen Gewerben die wichtigste Lohnform ist, vor:

Arbeiterkategorie	Wochenverdienst		bei einer tägl. Arbeitszeit von	
	in München	in Berlin	in München	in Berlin
Müllersarbeiter	26,-	25,-	10	10
Maschinenarbeiter	23,-	22,50	10	10
Bäcker I	26,-	26,-	12	12-13
Bäcker II	22,-	22,-	12	12-13
Brauereihilfen	33,-	32,-	10	10
Mäher	33,-	33,-	10	10
Reisiger	22,50	26,-	11-14	15

In diesen Branchen ist also das Bild fast das entgegengesetzte. Hier verdienen der Münchener Arbeiter (mit Ausnahme der Reisiger) bei gleicher oder gar kürzerer Arbeitszeit mehr als sein Berliner Kollege. Und was ist die Ursache davon? Ein Blick auf die Organisationsverhältnisse der betreffenden Arbeitergruppen in den beiden Städten macht sie uns klar. Im Münchener Nahrungsmittelgewerbe ist der Prozentsatz der Organisierten bei weitem höher als im Berliner. Es waren z. B. organisiert von den Bäckern: in München 80, in Berlin 41 Prozent, von den Brauereihilfen: in München 78, in Berlin 51 Prozent, von den Mählern: in München 87, in Berlin 65 Prozent. Die Reisiger dagegen waren in München kaum die Anfänge einer Organisation auf, während sie in Berlin doch wenigstens zu ca. 10 Prozent organisiert sind.

Sind die Nahrungsmitelarbeiter in Berlin sehr schlecht organisiert, so sind es die Bauarbeiter desto besser. Die Bauarbeiterorganisation beispielsweise umfaßt 87 Proz. aller beschäftigten Arbeiter; die der Bauhilfsarbeiter 75 Prozent. Diese starken Verbände sind die so außerordentlich günstigen Lohnverhältnisse für die betreffenden Arbeiter zu verdanken. Auch die Münchener Bauarbeiter sind nicht gerade schlecht organisiert; doch ist ihr Gewerbe unter der seit 1900 in München herrschenden schlechten Konjunktur im Verfall. Erst nach Aufhebung der vorliegenden Erhebungen traten 11 von ihnen mit den Unternehmern über den geschlossenen Tarifverträge in Streit, die für die Arbeiter wesentliche Verbesserungen erzielten.

Jedenfalls sind die hier angeführten Zahlen sehr lehrreich; sie zeigen dem Arbeiter mit aller wünschenswerter Deutlichkeit, welchen Einfluß eine starke Organisation auf die Gestaltung seiner Arbeitsbedingungen ausüben kann.

7 Für Berlin lag dabei die Erhebung von 1903 zugrunde.

Wie Arbeiter geschützt werden.

Ueber den Brand in der Zellulosefabrik in Weiskirchen, bei dem 21 junge Menschen ums Leben kamen, schreibt ein Unternehmerricht, die „Zellulose-Industrie“:

„So tief dieses schwere Unglück gewiß zu beklagen ist, so sinnlos wäre es, für dasselbe etwa das Zellulose verantwortliche zu machen, wie es leider so oft bei dergleichen Bränden geschieht, so daß die „Zellulosebrände“ nachher schon zu einer besonderen Kategorie der Brände geworden sind. Man mache sich nur alle im obigen Falle in Betracht kommenden Umstände klar! Erstens ist es schon sehr gewagt, so unerfahrenen junge Leute, die zum Teil kaum der Schule entwachsen sind, mit einer Arbeit zu beschäftigen, die nun einmal ein gewisses Maß von Vorsicht und Erfahrung erfordert, wie sie von so jugendlichen Personen schwerlich zu verlangen sind.“

Zweitens ist es doch eine grenzenlose Unvorsichtigkeit, in Räumen, die denen mit Zellulose haushaltig sind, gewöhnliche Öfen mit offener Feuerung zuzulassen. Wenn die Öfen wenigstens noch von außen zu heizen und mit Schmelze in die notwendigen Essenteile verbunden gewesen wären! Nein, die Feuerung ist im Arbeitsraum selbst gewesen. Wie leicht kann da beim Feueranmachen ein glimmendes Streichholz weggeworfen werden oder beim Nachlegen ein glühendes Kohlenstück aus der Feuerung fallen! Es brauchen dann nur ein paar verlorene Abfallstücke von Zellulose herumzuliegen und die Möglichkeit ihrer Entzündung und damit eines großen Unglücks war gegeben. Würde es wohl jemals geschehen werden, daß jemals auf einem Heuboden ein Schmelzfeuer unterhält? Und doch wäre diese Unvorsichtigkeit kein Grad größer, als wenn in einem mit Zellulose erfüllten Raume eine offene Feuerstelle unterhalten wird. Genau so wie das Heu von einem einzigen Funken in Brand gesetzt würde, genau so geschieht es auch mit dem Zellulose.

Dann aber die dritte Unvorsichtigkeit: in dem schon durch den Ofen allein gefährdeten Raume wird auch ein Korb mit Zelluloseabfälle in unmittelbarer Nähe des Ofens aufbewahrt. Man denke: Zelluloseabfälle in nächster Nähe einer offenen Feuerung! Kann es etwas Gefährlicheres geben? Wird man wohl eine Tafel Waite oder ein Gageblech beim Herbeibringen aufhängen? Mit Zellulose aber wird das Kunststück gemacht, obgleich man weiß, daß Zellulose sich nicht nur ebenso leicht wie Waite oder Gage entzündet, sondern auch beim Verbrennen intensive Hitze, außerordentlichen Qualen und schädliche Gase entwickelt.

Aber damit noch nicht genug, begeht man noch eine vierte Unvorsichtigkeit und plant den Korb mit Zelluloseabfällen so, daß er zwischen dem Ofen und der Tür zu liegen kommt, so daß natürlich die aus dem Korb schlagende Flamme die Tür verschlossen muß. Und dazu gibt es noch eine fünfte Unvorsichtigkeit: Ein Arbeitsraum für Zellulose enthält nur einen einzigen Ausgang! Wird dieser einmal verstopft, was ja auch auf andere Weise, als durch eine Flamme, geschehen kann, so sind die in dem Raume ausbrechenden Brände die darin befindlichen einfach gefangen, lebendig begraben. Und um das Maß voll zu machen, versteht man als letzte Unvorsichtigkeit den Zellulose-Arbeitsraum auch noch mit Fenstern, durch die ein Entweichen unmöglich ist, weil sie vergittert sind!

Nicht weniger als sechs grobe Unvorsichtigkeiten! Darf man sich dann wundern, wenn beim Zusammenstoßen so vieler Unvorsichtigkeiten ein Unglück von so entsetzlicher Größe geschieht?

Diese rücksichtslose Kritik sträflichen Unternehmerleichtsinn wird in ihrer Berechtigung auch dadurch nicht beeinträchtigt, daß sie den Zweck verfolgt, gesetzliche Sonderbestimmungen über Verwendung und Aufbewahrung des Zellulose zu verhindern. Vielmehr beweist sie uns noch, daß die Unternehmer die Skrupellosigkeit, mit der von einzelnen das Leben der Arbeiter aufs Spiel gesetzt wird, wohl kennen, sie aber nur dann zugeben, wenn die Vertuschung ihnen Schaden könnte.

Soziale Rundschau.

— Aus anderen Gewerkschaften. Der Buchdrucker-Verband hat nunmehr eine Mitgliederzahl von 50 000 erreicht, wie die Nr. 8 des „Korrespondent“ mitteilt. Im Jahre 1866 trat der Verband mit etwa 3000 Mitgliedern ins Leben. 1889 war die Mitgliederzahl auf 12 792 gewachsen, die dann weiter bis 1891 auf 17 018 stieg. Nach dem Lohnkampf ging die Mitgliederzahl auf 15 491 im Jahre 1892 zurück, um dann wieder ununterbrochen zu steigen auf 21 000 im Jahre 1896, 30 000 im Jahre 1901 und jetzt auf 50 000, womit die übergroße Mehrzahl der deutschen Buchdrucker organisiert ist.

Der Zentralverein der Bureauangestellten stellt zum 1. Februar den Genossen H. Lehmann als Redakteur und Verbandssekretär an. Gleichzeitig eröffnet der Verein ein eigenes Bureau in der Schmidstraße 33 p., Berlin, wohin für die Folge Zuschriften an den Verbandsvorstand zu richten sind.

Eine internationale Konferenz der Friseurgehilfenorganisation wird auf den 2. September nach Stuttgart einberufen. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Frage der Forderungen der Gehilfen an Gesetzgebung und Arbeitgeber, sowie die der Gegenseitigkeitsverträge.

Im Verbands der Handschuhmacher wurde am 12. Januar durch Urabstimmung beschlossen, eine Generalversammlung in diesem Jahre abzuhalten. Ort und Zeit ist noch nicht bestimmt.

Die Mitgliederzahl des Holzarbeiterverbandes betrug am 1. Oktober nach der letzten abgeschlossenen Abrechnung 148 710 oder 3777 mehr als im vorhergehenden Quartal. Die „Holzarbeiterzeitung“ hat zurzeit (Januar 1907) eine Auflage von 155 000.

Die Arbeitslosigkeit im gleichen Verbands zeigte im Monat Dezember folgendes Bild: Berichtet hatten 729 Filialen mit 152 694 Mitgliedern. Arbeitslos im Laufe des Monats waren 9122 Mitglieder. Arbeitslos-Unterstützung erhielten 3050 Mitglieder für 29 285 Tage mit 37 999,03 Mark. Reiseunterstützung wurde gezahlt an 3352 Mitglieder für 3397 Tage mit 5035,20 M. Nicht berichtet hatten 35 Filialen.

Die Mitgliederentwicklung des Verbandes der Zimmerer wird durch folgende Zahlen veranschaulicht: Seit dem Jahre 1902 betrug die Zahl der Verbandsmitglieder am Schlusse des 3. Quartals:

Jahr	Mitgliederzahl	Vermögensbestand M.
1902	25 313	272 175,86
1903	30 937	419 111,81
1904	38 043	598 400,73
1905	43 924	791 891,93
1906	52 977	1 123 448,27

— Ein fürchtbares Grubenunglück hat in der Grube des königlichen Saarbergwerks in Neiden mehr wie 150 blühende Menschenleben vernichtet. Am Montag, den

18. Januar, morgens 7 1/2 Uhr, bevor noch die Arbeit aufgenommen war, erfolgte plötzlich eine Explosion schlagender Wetter. Von den ca. 600 Eingefahrenen konnten nur etwa 400 gerettet werden, 155 Tote und einige vierzig Schwerverletzte wurden ein Opfer ihres Berufes.

Ein deutsches Courrieres ist nicht möglich, hieß es, als das fürchterliche Grubenunglück von Courrières bekannt wurde, sehr bald hat sich gezeigt, daß auch bei uns ähnliches passieren kann und das sogar auf einer der wichtigsten Kupferbetriebe. Ob denn nun endlich die Forderung der organisierten Bergarbeiter, Grubenkontrolleure aus den Reihen der Arbeiter anzustellen, erfüllt wird?

Vom sozialen Kampfplatz.

Barth a. d. Oder. Hier sind sämtliche Kollegen in der Lederfabrik ausgebeutet. Die Direktion will, unterstützt durch die übrigen Unternehmer Barthe, die Organisation vernichten.

Eschershausen. Die hiesige „Industriegesellschaft“ hatte den Arbeitern, die das Aufschlaggeheim brechen, vor ca. einem Jahre 1 Mk. pro Ladung abgehoben. Da aber der Appetit beträchtlich beim Essen kommt, verfuhr sie es in diesem Jahre wieder, und zwar nicht mit einer, sondern gleich mit einigen Mark, indem sie den Arbeitern die Kosten für Licht und Sprengmaterial aufhauen wollte. Da aber die Arbeiter jetzt vollständig organisiert waren, ließen sie sich diesen Abzug nicht gefallen, sondern verlangten die Rückerstattung ein. Nachdem der Streik vier Tage gedauert, erklärte sich die Firma bereit, den Abzug zurückzunehmen. Es wurde darauf folgendes vereinbart:

1. Der Lohnsatz bleibt der alte, nämlich 11 Mk. pro Ladung.
2. Sämtliche Arbeiter treten in ihre alten Stellungen wieder ein.
3. Das Gewicht der gebrochenen Steine wird genau gemessen und darnach berechnet.
4. Maßregelungen finden nicht statt.

Der Ausgang dieses Konfliktes dürfte den Arbeitern von Eschershausen und Umgegend gezeigt haben, welchen Wert eine starke Organisation für die Arbeiter hat und wie wollen hoffen, daß sie die Konsequenz daraus ziehen, d. h. sich vollständig der gewerkschaftlichen Organisation anschließen. Unsere Kollegen aber werden alles daran setzen, um dem ersten Hundert Mitglieder unseres Verbandes am Orte recht bald das zweite hinzuzufügen.

Frankfurt a. M. In der Nagos-Union (Schmirgelabrid) sind Differenzen ausgebrochen. Die Arbeiter der Abteilung Drechsel hatten durch unsere Organisation eine Lohnforderung eingereicht mit der Begründung, daß die Lebensmittel und alle anderen Bedarfsartikel in den letzten Jahren ganz bedeutend im Preise gestiegen seien, daß aber auch die Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Arbeiter sich in den letzten Jahren verdoppelt haben, so daß eine Lohnsteigerung in Form einer Lohnzuschlagung gerechtfertigt erscheine. Ferner erforderten die Arbeiter um Einschränkung des Strafsystems, das in letzter Zeit aus ganz geringfügigen Vergehen zur Anwendung kam. Auch die Wahl eines Arbeiterausschusses wurde verlangt. Ohne auch nur die Forderungen näher zu prüfen, ging der drückenden Zeitung unseres Verbandes folgendes Schreiben zu:

„Im Besth Ihrer heutigen Zuschrift teilen wir Ihnen mit, daß wir nicht in der Lage sind, eine Lohnsteigerung bewilligen zu können. Alle Forderungen deuten darauf hin, daß der floride Geschäftsgang seinen Höhepunkt überschritten hat, und Sachleute sehen einen Niedergang kommen. Diesen Augenblick halten wir für eine Lohnsteigerung nicht für geeignet. Ueberstunden werden wohl in absehbarer Zeit nicht häufig vorkommen. Voranschaulich wird in einigen Monaten vielmehr die Frage aufstehen, wie die vorhandenen Arbeiter beschäftigt werden sollen. Die Wahl des Arbeiterausschusses ist nach dem Gesetz von den Arbeitern zu vollziehen. Zur Vornahme der Wahl stehen innerhalb der Fabrik Räume zur Verfügung.“

Die Arbeiter erklärten Herrn Muth wiederholt, daß eine Kommission aus Arbeitern bestehe, die jederzeit zu Unterhandlungen bereit sei. Die Arbeiter haben am Mittwochmorgen die Arbeit auch nicht willkürlich verlassen, sondern im Einverständnis mit Herrn Muth. Die Versammlung, die die Arbeiter am Mittwoch abhielten, ist — das kann nicht geleugnet werden — im Einverständnis mit Muth abgehalten worden.

Als die Arbeiter am Donnerstag früh wie gewöhnlich zur Arbeit kamen, hatte Herr Muth das Drechselwerkzeug und die Diamanten einschließen lassen, so daß die Arbeiter die Arbeit nicht aufnehmen konnten. Die Arbeiter haben trotzdem an ihren Arbeitsplätzen ausgehalten, bis Muth kam, der dann sofort die vermeintlichen Forderungen entlassen wollte. Die Arbeiter erklärten, daß alle gleichmäßig bei der Sache interessiert seien, worauf Muth erklärte: Wer zu den alten Bedingungen nicht arbeiten will, ist entlassen.

Wo weil die Firma in einigen Monaten eine Geschäftskrise kommen sieht, kann der Wunsch der Arbeiter, ihnen eine kleine Lohnzuschlagung in Form einer Lohnsteigerung zu gewähren, nicht erfüllt werden. Trotzdem sich das Geschäft in den letzten Jahren geradezu vervierfacht hat, hat man es nicht für nötig gehalten, die Löhne im allgemeinen aufzubessern, dagegen die Millionen Profite ruhig eingelieft. Es ist doch eine bekannte Tatsache, daß neben der chemischen die Schmirgel-Industrie eine derjenigen Industrien ist, die ihren Mann noch recht anständig ernähren.

Landesberg a. d. Warthe. In der hiesigen Kalkfabrik haben die Arbeiter wegen fortgesetzter Maßregelung organisierter Kollegen die Arbeit eingestellt. Zugang nach beiden Orten ist ferngehalten.

Randow. In der Verbandstoff-Fabrik Aubry (Inhaber Dr. Menz) ist ein Streik ausgebrochen. Die hatten dort einen Tarif ohne Kündigungsfrist, der am 1. Februar abließ. Dr. Menz erklärte nun am 1. Februar den Arbeiterinnen, wir hätten ihn voriges Jahr aberrumpelt, die Löhne von 2,50 Mk. auf 2,30 Mk. auf 1,80 Mk. herabgesetzt werden; wer damit nicht einverstanden sei, könne gehen. Darauf erfolgte die Arbeitsniederlegung.

Fleischerstreik in Thüringen. In Eisenberg in Thüringen stehen seit dem 10. Januar die Fleischergehilfen in sämtlichen Wurstfabriken im Streik, weil ihnen die Wurstfabrikanten folgende Forderungen nicht bewilligten: 1. elfstündige Arbeitszeit, 2. 40 Pf. pro Ueberstunde, 3. Sonntagarbeit nur in Notfällen, und weil einige Wurstfabrikanten wegen der gestellten Forderungen einen Teil der Gesellen gemahrgelotet hatten. In Betracht kommen im ganzen 142 Gesellen (darunter 68 verheiratete mit 111 Kindern).

Die Wurstfabrikanten haben jede Verhandlung rundweg abgelehnt. Sie verlangen bedingungslos Wiederaufnahme der Arbeit, Einzelmeldungen in den Fabriken und Einstellung nach Bedarf, Austritt aus der Organisation und Aufhebung des Boykotts über diejenigen Fleischermeister, welche in den Wurstfabriken die Arbeit der streikenden Gesellen fertiggestellt haben. Die Streikenden beschloßen demgegenüber einmütig, unter diesen Umständen im Streik auszuharren.

Das Gewerkschaftsstatut in Eisenberg hat im Einverständnis mit den Streikenden nun den Boykott über sämtliche Eisenberger Wurstfabriken verhängt. Die Hauptabgabengebiete der Eisenberger Wurstfabrikanten sind Konsumvereine, Warenhäuser, Fleischwaren-, Delikatessen- und Kolonialwarenhandlungen. Diese verschleihen die Eisenberger Wurstwaren unter dem Namen „Thüringer Wurst“. Wir ersuchen deshalb alle Gewerkschafts- und Parteigenossen, die streikenden Fleischergehilfen in ihrem schweren Kampfe dadurch zu unterstützen, daß sie den Boykott hochhalten und sämtliche Thüringer Fleisch- und Wurstwaren bis zur Aufhebung desselben meiden. Besonders ersuchen wir, die Frauen darauf aufmerksam zu machen.

Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands. J. K.: Paul Senjei.

Korrespondenzen.

Angermünde. In der Papierfabrik ist auf eine Eingabe des Vertrages unserer Organisation für die im Besonderen beschäftigten Arbeiter die Aufmerksamkeit hingewandt worden. Es soll dies eine Forderung anfangs März durchgesetzt werden, da in dieser Zeit bei geringem Gaserbrauch ein Teil der Oefen außer Betrieb gesetzt wird und die dadurch überschüssig werdenden Heizelemente zur Bildung der dritten Schicht verwendet werden. Der Lohn bleibt der bis jetzt bestehende. Einige Unorganisierte — nämlich, die bei dem Ausbruch in der Rotmühlerei von einem Ingenieur als Streikbrecher hinstellt mittels Gabelnabau verhaftet worden waren — glauben nun ihren Dank für obige Bemerkungen dadurch zum Ausdruck bringen zu müssen, daß sie die Direktion ersuchen, die zehn Prozent Zuschlag, die bisher bei Verfertigung aus dem Feuerhaus in den Oefen gezahlt wurden — da die Oefen im Hof wesentlich niedriger sind — zu streichen. Also die berechtigten Herren Arbeitswilligen erliegen im Herabsetzung der Löhne, mehr kann doch selbst der rabideste Unternehmer nicht verlangen. Daß sie dabei nicht nur sich selbst, sondern auch ihre Familie, ja die gesamte Arbeiterklasse auf empfindlichste schädigen, sieht diesen Menschen gar nicht zum Bewußtsein zu kommen. Daß die Betriebsleitung den Vertreter unserer Organisation, der um eine kurze Aussprache nachsuchte, abwiebs, ist bei solchen Verhalten der Arbeiter kein Wunder. Es wird aber die Zeit kommen, wo wir diesen Elementen heimzahlen können.

Esfurt. In Nienmehausen, einem Orte in der Nähe von Esfurt, war es gelungen, neben Ziegelarbeitern einen Schweizer und einen landwirtschaftlichen Arbeiter der Organisation zuzuführen. Der Schweizer und der landwirtschaftliche Arbeiter sind bei einem Gutsbesitzer Rudolph gegen Wochenlohn beschäftigt. Als aber der hiesige Arbeiter bei den zwei Kollegen die Beiträge abholte, wollte und der eine Kollege den „Herrn“ um seinen Lohn, hat, erklärte dieser, „zu solcher Sache erhalte ich von mir kein Geld“. Der Kollege erklärte ihm jedoch, daß er dann auch seine Arbeit selbst machen möge. Jetzt mußte sich der Gutsbesitzer bequemen, drei Mark herauszurufen. Also um ihren verdienten Wochenlohn müssen die Kollegen erst bitten. Daß daneben die Wohnungsverhältnisse sehr schlechte sind, steht unseren Agrariern nicht. Die Stube, in der die Kollegen schlafen, ist nicht jahrelang nicht gereinigt, dazu klein wie ein Laubenschlag. Ungeheuer ist ebenfalls vorhanden. Und dabei klagen diese Herren nach der Deutener. Wohllich, es wird die höchste Zeit, daß sich die Bauarbeiter organisieren.

Greyschade (Niederholl.). Ein Musterbetrieb ist die Ziegerei von Schreder u. Wache in Ober-Siegersdorf. Vor einiger Zeit hielt der Gutsbesitzer eine Versammlung in Greyschade, auf welche auch von den Ober-Siegersdorfern besucht war. In dieser Versammlung schloßen sich nun auch die Arbeiter genannten Betriebes dem Verband an, allerdings zum Ärger der Herren Schreder u. Wache. Gleich darauf kam Herr Wache auf den Einfall, dem Vorbringen der Organisation Einhalt zu tun, indem er die Organisation verleumdete und so die Leute abzuhalten versuchte. Er erzielte aber das Gegenteil. Er fertigte nun einen Arbeitsvertrag an, wonach jedem Arbeiter 25 Mk. Kautions vom Lohn abgezogen werden sollten und die Arbeiter sich unterjährig verpflichten sollten, ein ganzes Jahr bei ihm zu arbeiten. Wenn einer innerhalb eines Jahres aufhört, so fällt die Kautions an den Arbeitgeber, sollte aber seitens des Arbeitgebers einem Arbeiter gekündigt werden, so kann ihm, wenn er sich nicht zu schulden kommen läßt, die Kautions ausbezahlt werden, d. h. wenn er darum bittet! Die Arbeiter weigerten sich, den Vertrag zu unterzeichnen, worauf Herr Wache mit Entlassungen drohte. Schließlich kündigte er vier Verbandskollegen, und so gelang es ihm, einzelne Arbeiter einzuschüchtern und zur Unterfertigung zu bewegen. Der Gutsbesitzer versuchte nun auf dem Wege gültiger Verhandlungen, die vier Gemahrgeloteten wieder unterzubringen, allein Herr Wache beharrte, nicht verhandeln zu können, da er eine Organisation nicht anerkenne. In der am Sonnabend stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde der genannte Betrieb etwas scharf unter die Lupe genommen und dabei festgestellt, daß Herr Wache gar keine Ursache hat, den Proben herauszufinden. Sehen wir uns doch den Musterbetrieb der Herren Schreder und Wache etwas näher an. Bei jedem Versehen, das einem Arbeiter passiert, werden ihm Straf-gelder abgezogen, und diese Straf-gelder werden dann den Arbeitern zu gleichen Teilen am Weihnachtstag wieder ausbezahlt. Wie aber das gleiche Zeilen ausfällt und wie Herr Wache das Zeilen versteht, geht daraus hervor, daß er von ca. 80 Mk. vorhandenen Straf-geldern an jeden Arbeiter sage und schreibe ganze 33 Pf. auszahlt. Diese 33 Pf. 25mal gerechnet, ergibt die Summe von ganzen 8 Mk., so daß Herr Wache den Lohnanteil von 52 Mk. zur Verwendung noch übrig hat. Sollte etwa Herr Wache die Absicht haben, hierfür einen Ankerbeimang für Frauen kaufen zu lassen, damit sie in Zukunft nicht vor den männlichen Kollegen die Garbe wecheln müssen? Oder sollen all die Mißstände beseitigt werden, die zur Genüge vorhanden sind? Vielleicht wäre es auch möglich, die Frühstücksstunde dafür aufzudecken zu lassen, sich jetzt ist alle 15 Tage einmal ausbezahlt worden, auch wird sie als Aufbewahrungsort für Handwerkszeug benützt. Nun noch einiges über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse und die sonstigen sanitären Einrichtungen. Herr Wache verlangt, wie bereits oben angegeben, ein Jahr Kontrakt, um den Leuten die Möglichkeit zu nehmen, an die Verbesserung ihrer Lage zu denken; bei 11-12stündiger Arbeitszeit müssen die Leute für sage und schreibe ganze 25 Pf. Stundenlohn fronden. Ueberstunden und Sonntagarbeit müssen ohne jedweden Zuschlag geleistet werden. Nun sollte man meinen, daß für Arbeiter, welche 11-12 Stunden mitunter in der größten Hitze arbeiten müssen, in sanitärer Hinsicht alles da sei! Weit gefehlt! Nicht einmal ein Verbandsgelast mit Material zum Verbinden der Unglücksfällen ist vorhanden. Wasch- resp. Wabereinrichtung fehlt vollständig. Die Klosets sind sehr, sehr mangelhaft und unzureichend. Trinkwasser müssen sich die Leute aus den Drainagegräben auffangen! Der für den Betrieb in Frage kommende Brannen ist ziemlich weit entfernt (außerhalb des Betriebes) und das Wasser vollständig ungenießbar, weil es stark manganhaltig ist und eher dem jauchig ähnelt. So sieht es also in dem Betriebe aus, den Herr Wache selbst als Musterbetrieb bezeichnet, und wie sagte doch Herr Wache in der Versammlung, welche er mit seinen Arbeitern abhielt, um ihnen die Ueber-sichtigkeit des Verbandes vor Augen zu führen? „Wer sich meine Rede (die über Wahrheitsgemäßigkeit nach dem Wohl der Arbeiter dienen und alles Fehlende zeigen sollte) nicht anhören will, der gehe hinaus Kies fahren! Söhne ehrbarer Eltern haben sich dem Verbande angeschlossen, das hätte ich nicht erwartet.“ Ja, ja, Herr Wache, gerade die Söhne ehrbarer Eltern werden auch in Zukunft treu zum Verbande halten und darauf dringen, daß sie als ehrbare Arbeiter behandelt und bezahlt werden. Diesmal ist es ja teilweise gelungen, die Arbeiter zur Unterfertigung des oder Menschenwürde und Berechtigtheit hochpreisenden Kontraktes zu zwingen, aber mit Hilfe der Organisation wird es auch den ehrbaren Arbeitern gelingen, derartige mittelalterliche Zustände zu beseitigen. Darum, Arbeiter der Wache'schen Fabrik, alle hinein in die Organisation, die Herr Wache trotz aller Verleumdungen nicht aus der Welt schaffen kann.

Rempten. Arbeitermaßregelungen sind bei unsern liberalen Fabrikanten und sonstigen Arbeitgeber in Allgäu etwas alltägliches. So wurden vor kurzem in der Ziegelfabrik in Oberdorf bei Immenstadt wieder Arbeiter entlassen. Die Leute waren erkrankt, denn sie, da sie doch schon mehrere Jahre im Betriebe beschäftigt waren, nur eingestellten Arbeitern weichen mußten, trotzdem sie sich nicht das geringste zu schulden kommen ließen. Warum aber so vorgegangen wurde, konnte ihnen erst klar werden, als sich einer der Herren äußerte: „Ihr haben wir wieder ein paar Sozis draussen!“ — Der Werkmeister Schilling in der Papierfabrik Degg, den Arbeitern sehr gut im Gedächtnis, fragte ein paar Arbeiter, deren Tätigkeit nicht beanstandet wurde und die stets voll und ganz ihre Pflicht erfüllt haben, ob sie organisiert seien. Die Arbeiter machten aus ihrer Ueberzeugung kein Hehl und bejahten die Frage der Wahrheit gemäß, worauf sie sofort entlassen wurden! Trotzdem sind die Fabrikanten liberal und scheuen sich nicht, bei jeder Gelegenheit in henschlicher Weise um die Arbeiterstimmen zu betteln. Hier in diesen beiden Fällen geben sie wenigstens einen Einblick, welche Ansicht diese Schurkenhergeißelung vom Reaktionsrecht der Arbeiter

hat; wenn diese es anwenden, wirft man sie auf die Straße. Unsern Kollegen aber möchten wir hiermit raten, den Unternehmern oder deren Beauftragten Auskunft auf derartige Fragen nicht zu erteilen. Keinem Unternehmer wird es einfallen, seinem Arbeiter Auskunft zu geben, ob er im Arbeitgeberverband organisiert ist, ebensowenig sind aber die Arbeiter dazu verpflichtet. Wollen die profitgierigen Repräsentanten unserer „göttlichen“ Ordnung über deren Schöpfung den Mut der Wahrheit mit der Hungerpeitsche austreiben, nun wohl, so belästigt sie, belästigt sie so lange bis ihr stark genug ist, ihnen die Wahrheit so nachdrücklich um die Ohren schlagen zu können, daß ihnen die Lust zu derartigen Brutalitäten vergeht. Wir sind gewiß keine Fremde der Lage und kämpfen gerne mit ehrlichen offenen Mitteln, aber einem Unternehmern gegenüber, das die Gerechtigkeit mit Füßen tritt und gegen die Wahrheit einen Vernichtungskrieg führt, ist jedes Mittel erlaubt. Die Schuld hierfür fällt nicht auf die Arbeiter, sondern auf jene Patentschriften, die den Arbeiter, der auf seine Existenz, seine Familie Rücksicht nehmen muß, zur Unmoral zwingen. Darum, Kollegen, gebt keine Auskunft mehr, arbeitet aber ruhig am Ausbau der Organisation, dann wird gar bald die Zeit kommen, wo ihr ungehindert die Wahrheit sagen könnt.

Sandau. Recht verbesserungsbedürftig sind die Zustände in der Chamottefabrik von Knoch u. Komp. in Sandau. Seit Oktober 1906 verfuhr Herr Knoch in einer Tour Bohnerbuzierungen mit den Arbeitern seines Betriebes durchzugehen, so daß bereits im vorigen Jahre ein Streik der dort beschäftigten Arbeiterinnen zu verzeichnen war, der auch für die streikenden Frauen Erfolg brachte. Man kam zu Anfang des Jahres Herr Knoch auf den Einfall, den Arbeitern einen sogenannten Gewannfonds abzuziehen, und zwar so lange 60 Pf. pro Woche, bis für jeden einzelnen 10 Mk. stehen blieben. Dies würde weit über 8000 Mk. ausmachen, ein Kapital, mit dem der Unternehmer schon arbeiten kann, zumal der Arbeitern Zinsen nicht gezahlt werden. Dies war denn aber doch den sonst streng religiösen, sich um nichts kümmernden Gemüthsart Arbeitern zu viel und sie beschloßen, sich der, obwohl die Arbeiter fast gar nicht organisiert waren, zweiwöchiger Dauer beendete wurde und anscheinend auch einige Verbesserungen — auf verschiedene Sorten Steine eine Lohnzulage von 5-15 Pf. und die zehnständige Arbeitszeit — zur Folge hatte. Unser Gutsbesitzer hatte aber Gelegenheit, ein von 8 Arbeitern unterzeichnetes Schriftstück der Firma zu sehen, aus dem hervorging, daß nur für solche Steine, welche sehr wenig angefertigt werden, ein Lohnzuschlag eingetretet ist, aber an denen, welche tagtäglich gefertigt werden, 15 Prozent abgezogen sind, angeblich, weil der Verkaufspreis für diese Sorte zu niedrig sei. Auch wurde in diesem famosen Schriftstück den Arbeitern verboten, mit sozialdemokratischen Abgeordneten oder Delegierten zu sprechen oder sich von Sozis besuchen zu lassen, ferner das Verbot sozialdemokratischer Zeitungen und Bettel (?) das Sprechen im Verlebe, der Besuch von Versammlungen und noch vieles andere. Zumißerhandlungen werden mit Entlassung bestraft.

Zu diesem wunderhäßlichen Zeugnis verkapitalistischer Willkür, die da glaubt, den Arbeiter nicht nur im Betriebe, sondern auch außerhalb desselben bedrücken zu können, paßt recht schön folgender Brief, den die Firma einem Arbeiter, der während des Streiks beruhigend auf die Arbeiter einwirkte und Ausschreitungen verhinderte, schrieb:

an den Arbeiter Theophil Gally, hier.

Hierdurch bestätigen wir Ihnen auch noch schriftlich, daß wir Sie als Arbeiter in unseren Betrieb nicht wieder aufnehmen. Da mit dem Arbeitsverhältnis zugleich auch das Wohnungsverhältnis zu lösen ist, haben Sie ohne Verzug auch die Wohnung zu räumen.

In Rücksicht darauf jedoch, daß Ihre Frau Wöchnerin ist, wird Ihnen die Wohnung so lange belassen, als der Arzt einen Umzug für nicht ausführbar hält.

Sie haben jedoch die Wohnung sofort zu räumen, sobald der Arzt den Umzug für Ihre Frau als gefahrlos erachtet. Das Betreten unseres Fabrikabstimmens wird Ihnen hiermit untersagt, ebenso wird Ihnen strengstens verboten, die Wohnungen der übrigen Arbeiter in unseren Wohnhäusern zu betreten, wie Ihnen auch der Besuch der Kantine hiermit untersagt wird. Der einzige Ein- und Ausgang für Sie auf unserm Terrain bleibt die Haustür Ihrer Wohnung. Zumißerhandlungen sehen wir als Hausfriedensbruch an und gehen wir im Uebertrittsfall gegen Sie vor.

M. Knoch u. Komp.

Einsach großartig! M. Knoch u. Ko. bestimmen, was die Arbeiter lesen sollen, mit wem sie sprechen oder nicht sprechen sollen, wen sie besuchen sollen und von wem sie sich nicht besuchen lassen sollen. Das dem Arbeiter noch die Haustür seiner Wohnung als „einsiger Ein- und Ausgang“ gelassen wird, ist immens anerkennenswert, schließlich hätte ja auch das Dachfenster (!) genügt oder die Feueresse! Und die Arbeiter, die nicht schlafen, sondern „freie“ Menschen sind, die ihre Arbeitskraft auf Grund eines freien Arbeitsvertrages an M. Knoch u. Ko. verkauft haben, sollen sich das gefallen lassen. Wir wären neugierig, was wohl Herr Knoch sagen würde, wenn die Arbeiter ihn in gleicher Weise in seiner persönlichen Freiheit beschränken würden, wenn sie ihn vorführen wollten, was er lesen, wen er besuchen, mit wem er reden soll. Er würde die Arbeiter zweifellos für verrückt erklären, und doch hat Herr M. Knoch genau so wenig Recht, dem Arbeiter seine persönliche Freiheit zu beschränken, wie ungesetzlich. Wir machen noch darauf aufmerksam, daß jetzt wieder in allen Blättern der Provinz unter der Firma Wismarsdorfer Chamottefabrik und Dinawerke Arbeiterfamilien bei höchsten Löhnen und schönem Wohnort, schönem Gartenland und sonst verlockenden Verpflegungen gesucht werden. Hoffentlich fällt niemand von unseren Kollegen auf dieses verlockende Anerbieten hinein. Die Arbeiter und Arbeiterinnen des Betriebes aber werden auf die Verbote und Bestimmungen, die ihr Verhalten außerhalb der Fabrik betreffen, prüfen, sie werden sich eine feste Organisation schaffen und der Firma zeigen, daß sie keine ärmlichen Sklaven sind. Täten sie es nicht, so wären sie die Behandlung wert, die ihnen die Firma M. Knoch u. Ko. angeedhen läßt.

Stettin. In der Papierfabrik Altdamm haben wir schon oft den Versuch gemacht, die Arbeiter für unsere Organisation zu gewinnen, leider immer ohne Erfolg. Das wurde erst anders, als die Betriebsleitung die Laune der Arbeiter ausnützte und die ohnehin miserablen Löhne von 2,25 bis 2,50 Mk. noch herabsetzte. Besonders bekannt und beliebt war bei den Arbeitern die Holzabteilerei, in welcher alle beschäftigt wurden, die einen „schwarzen Strich“ hatten. Die Arbeiter müssen sich hier ihr Werkzeug, wie Beil und Holzschneidmesser, selber halten, wofür sie dann das Vergnügen haben, bei äußerster Anstrengung manchmal 7 bis 9 Mark pro Woche zu verdienen. Dabei müssen sie Frühstücks- und Vesperpauze durcharbeiten, um bei den miserablen Akkordlöhnen wenigstens etwas mehr zu verdienen. Auch die Heizer, die 2 bis 3 Kessel besorgen müssen und zwölfstündige Arbeitszeit haben, werden glänzend bezahlt. Sie erhalten pro Tag 2 Mark 60 Pfennige. Davon werden ihnen aber bei irgend welchen Versehen noch erhebliche Strafen abgezogen. Bei diesen Löhnen ist es kein Wunder, daß die Betriebsleitung den Verband fernzuhalten sucht, denn der würde bald eine bessere Bezahlung erzwingen. Als deshalb Kollege G. einige Mitarbeiter auf die Organisation aufmerksam machte, wurde er vom Zuspätker Galt, der übrigens früher selber Arbeiter war und als solcher den Mund nicht genug aufreißen konnte über die niedrigen Löhne, kurzzerhandelt entlassen. Aber wie schon so oft, bewährte sich auch hier wieder das Sprichwort von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft. Die Arbeiter, die bisher alles ruhig ertragen, waren empört, daß man ihren Kollegen, der lediglich das beste seiner Mitarbeiter gewollt, ohne weiteres fortjagte. In gut besuchten Versammlungen gaben sie ihrer berechtigten Empörung Ausdruck, und Waffeneintritt in den Verband war die Folge der brutalen Maßregelung. Es wird gar nicht lange dauern und Herr Galt wird sich hüten, Arbeiter zu entlassen wegen ihrer Organisation. Es geht eben vorwärts trotz aller Mühen und Läden der Gegner.

Verksammlungsberichte.

Hilfsburg. In der am 26. Januar abgehaltenen Mitgliederversammlung gab Kollege Christians den Jahresbericht. An Mitglieder resp. Extraveranstaltungen sind 13 abgehalten worden. Vertrauensmännerversammlungen und Betriebsbesprechungen je 9, welche sämtlich erfolgreich für unsere Ziele waren. Durch Hausagitation ist ebenfalls mit Erfolg gearbeitet worden. Referate sind in Mitgliederversammlungen 6 abgehalten. Wahlversammlungen haben 2 stattgefunden, eine zum Verbandstag und eine zur Wahl eines Geschäftsführers. 265 Briefe an Postkasten ein 88 Briefe, 85 Postkarten und 12 Pakete, es liefen aus 114 Briefe, 535 Postkarten und 10 Pakete. Zu Anfang des Jahres waren 540 und am Schluss 858 Mitglieder vorhanden, so daß eine Zunahme von 318 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Im Laufe des Jahres sind eingetreten 583, ausgetreten 120, zu anderen Organisationen übergetreten 10, abgetreten 17, wegen Rückstand gestrichen 16, Mitglieder, 8 waren nach ihrer Anmeldung nicht aufzufinden und 6 Mitglieder sind gestorben. Die Kassenverhältnisse gestalteten sich wie folgt: Einnahme 14 901,57 Mk., Ausgabe 11 993,28 Mk., Vorkassenbestand 2908,64 Mk. Von letzterer Summe sind 1954,28 Mk. für örtliche Agitation verwandt worden. An Arbeitslosen- und Krankentüftersammlungen sind 2889,90 Mk. gezahlt worden. An 5 in Vor geratene Kollegen sind aus der Vorkasse 45 Mk. gezahlt. Maßregelungsunterstützung ist gezahlt an 13 Kollegen 252 Mk., Unzulagegeld an 10 Kollegen 320 Mk., Reiseunterstützung an 33 Kollegen 126,40 Mk. und an Sterbegeld in 6 Fällen 300 Mk. An Streikunterstützung sind 3642,50 Mk. gezahlt. Literatur zur Auffklärung der Mitglieder ist für 202,50 Mk. unter dieselben verteilt worden. An Lohnbewegungen waren Kollegen von uns beteiligt in der Bauindustrie, der Glasindustrie, im Schiffbau und in der Erdarbeiterbranche. Diese Bewegungen waren alle von Erfolg gekrönt. Wenn man auch angeht werden muß, daß 1906 gute Fortschritte gemacht worden sind, so kann uns dieses noch lange nicht befriedigen. Es muß vielmehr dahin gearbeitet werden, daß jede ungelernete Arbeiterin und jeder ungelernete Arbeiter sich unserer gewerkschaftlichen Organisation anschließt, dies muß im Jahre 1907 unser Ziel sein.

Göppingen. Sonntag, den 27. Januar, tagte unsere diesjährige Hauptversammlung. Kollege Banghaf gab den Kassenbericht, der zu Ausstellungen keinen Anlaß gab. Den Jahresbericht gab Kollege Bögel. Es fanden im verfloffenen Jahre 24 Mitglieder- und zwei öffentliche Versammlungen statt, außerdem noch 14 Betriebsbesprechungen. Der erhebliche Mitgliederzuwachs wurde auch durch die Erhöhung der Beiträge nicht herabgedrückt, im Gegenteil, dieselben gehen jetzt infolge des wöchentlichen Kassierens regelmäßiger ein wie früher. In der Diskussion wurde der Verbandstagsbeschluss, betr. der Grenzstreitigkeiten, kritisiert. Die Neuwahl des Bevollmächtigten ergab Wiederwahl des bisherigen. Es wurde auch beschlossen, die Mitgliederversammlungen nicht mehr, wie bisher, alle 14 Tage, sondern alle 4 Wochen abzuhalten und die so gewonnene Zeit zur Agitation zu benutzen.

Heilbronn. Sonntag, den 27. Januar, fand unsere diesjährige Hauptversammlung statt, welche zur Befriedigung war. Aus dem Geschäftsbericht der Verwaltung war zu ersehen, daß die organisatorische Tätigkeit im verfloffenen Jahre eine sehr umfangreiche war. An Versammlungen wurden abgehalten: 10 Mitglieder-, 12 öffentliche und 238 Betriebsbesprechungen. Es wurden außerdem 56 Vertrauensmännerversammlungen abgehalten. Die Mitgliederzahl stieg von 450 auf 1650 Mitglieder. Lohnbewegungen fanden in 2 Betrieben statt. Der Erfolg ist, daß in fünf Betrieben mit 338 Arbeitern und Arbeitern eine Verkürzung der Arbeitszeit von 1099 Stunden pro Woche herbeigeführt wurde und eine Erhöhung der Löhne in 2 Betrieben für 3543 Bezugslose um 5277,10 Mk. pro Woche. In Streiks waren wir in vier Betrieben beteiligt. Hier von erbeute einer mit vollem, einer mit teilweisem Erfolg, einer war resultatlos und in einem Betriebe (Schuhfabrik Sonthausen) dauerte derselbe zugeht noch an. In 8 von Kassenberichten ist zu entnehmen, daß die Gewinne 11 803,30 Mk. betragen. Hier von wurden an die Hauptkasse 5613,13 Mk. gezahlt. An Unterstützungen wurden insgesamt 5915,93 Mk. ausbezahlt und zwar für Erwerbslosenunterstützung 2289 Mk., Reiseunterstützung 29,78 Mk., Unzulagegeld 72 Mk., Sterbegeld 39 Mk., Maßregelungsunterstützung 459,50 Mk., Streikunterstützung 286,65 Mk. Der Kassenbestand der Lokalkasse beträgt 1150 Mk.

München a. M. Am Sonnabend, den 26. Januar, fand im Saale „Lohndemokrat“ unsere Generalversammlung statt. Kollege Damm gab den Kassenbericht vom 4. Quartal, sowie einen kurzen Überblick über die Kassenverhältnisse des abgelaufenen Jahres. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug im 4. Quartal 1906 862 Mk., die Ausgabe 489,10 Mk. Unter den Ausgaben befindet sich die Summe von 213 Mk. für Erwerbslosen-Unterstützung, sowie 105 Mk. für Maßregelungs-Unterstützung. Karten sind im letzten Quartal 227 Stück verkauft worden; es waren also an die Hauptkasse zu jeder 372,90 Mk. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 654,41 Mk. und eine Ausgabe von 560,01 Mk. Außer den Ausgaben für Verwaltung, Agitation u. s. w. wurden an notleidende Kollegen 80 Mk. Löhne ausbezahlt, sowie ein Maßregelungs-Unterstützungsbetrag von 37 Mk. bewilligt. Es bleibt also ein Kassenbestand von 167,43 Mk. Hiermit gab Kollege Damm den Jahresbericht. Eingetragen sind im Laufe des Jahres 161 Mitglieder, ausgetreten bzw. abgestrichen 173. Mitgliederbestand am Schluss des Jahres 200. Karten wurden 10 511 Stück verkauft. Die gesamte Einnahme für die Hauptkasse betrug 3369,30 Mk. An Erwerbslosen-Unterstützung wurden 832,49 Mk., Maßregelungs-Unterstützung 105 Mk., Unzulagegeld 15 Mk., Sterbegeld 40 Mk. ausbezahlt. Im Antrag der Resolution wurde dem Kassierer einstimmig Entschuldigend erklärt. Auf Grund des Kassenberichts gab Kollege Damm den Jahresbericht. Er sagte dann die Jahresrechnung der Kollegen, welche hauptsächlich in dem letzten Veranlassungsbereich zum Ausdruck kam, auch wüßten die Kollegen mehr wie bisher betriebl. sein, der Hauptkassenbericht über die Mitglieder und Arbeitsverhältnisse aus dem abgelaufenen Viertel zu lesen. Sodann kam er auf die Aufstellung der drei Jahressummen zu, falls mit München zu vergleichen und betonte, daß es eine dringende Voraussetzung für uns war, den Erfolg des letzten Verbandstagesfolge zu lesen und hofft, daß in der heutigen Versammlung die Kollegen für die diesjährige Hauptkassenbesprechung der Lokalkasse bedankt. Kollege Damm, daß die Kollegen der Lokalkasse seit der Gründung des Verbandes auf dem richtigen Wege nicht doch einige Fortschritte für den Verband an den Tag legen.

Die Hauptkassenbesprechung ergab eine Resolution. Da Kollege Damm die Hauptkassenbesprechung, wurde Kollege Reiterkamp

als erster und Kollege Damm als zweiter Bevollmächtigter gewählt. In der nächsten Versammlung soll eine Kommission gewählt werden zur Ermittlung des Verhältnisses einer intensiven Agitation auf dem umliegenden Industriegebiet. Die Beschlüsse mit der Hauptkasse sollen durch einen Bescheid bestätigt werden.

Geisel. Am 16. Januar tagte unsere diesjährige Hauptversammlung. Kollege Söbner funktionierte in seinem Bericht über das verfloffene Jahr. Es hat die Hauptkasse einen sehr erheblichen Aufschwung gebracht. Die Mitgliederzahl ist von 103 am 1. Januar 1906 auf 400 am 1. Januar 1907 gestiegen. Die Einnahme des Jahres betrug 622 Mk., davon wurden 422,94 Mk. der Hauptkasse überwiesen. Infolge des Fortschrittes der Organisation ist eine erfreuliche Besserung der allgemeinen Lohnverhältnisse am Orte zu konstatieren. Die Wahl der Bevollmächtigten ergab die Wiederwahl der bisherigen Funktionäre. Unter Verschickung wurde ein Antrag angenommen, die Mitgliederversammlungen 8 Tage vorher bekannt zu machen und den Zutritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches zu gestatten.

Bericht über die Tätigkeit im 7. Gau.

Differenzen überall! Unter dieser Signatur traten auch wir im Gau 7 das Jahr 1906 an. Mit wenigen Ausnahmen waren in Süddeutschland auf gewerkschaftlichem Gebiete noch keine nennenswerten Fortschritte zu verzeichnen, was auch der Grund sein mag, daß man aus dem Munde unserer alten Stamm-Mitglieder manchmal die Versicherung hören konnte, für die Norddeutschen geschieht mehr wie für uns.

Allmählich schwindet auch diese falsche Auffassung, der ein gut Stück Partikularismus anhaftet. Zu Weihnachten 1906 wurden 21 unserer Kollegen, die erst kürzlich für die Organisation gewonnen waren (Zahlstelle Göttingen), auf die Straße geworfen. Sie waren im Heideberger Stadtwalde seit Jahren beschäftigt. Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg ist der nationalliberale Landtagsabgeordnete und Präsident der zweiten bayerischen Kammer, Herr Dr. Willens. Die Nationalliberalen treten bekanntlich in ihrem Nürnberger Blockprogramm für den Ausbau des Koalitionszwecks ein.

Am 25. Januar 1906 kam die Lohnbewegung der Anilinfabrik. Nicht nur die Direktion, sondern auch die gesamte Bevölkerung war erfüllt darüber, daß diese 7000 (siebentausend) Glaven, die seither nicht mußten, die Energie befehen, mit einem Schläge ein ausgeglichenes Spinnungs- und Anhebungsgebiet zu geräumen. Alle Beschäftigten der Firma für Streifbruch leisteten an dem seither von einem rücksichtslosen Unterbeamtenpersonal künstlich niedergehaltenen Solidaritätsgefühl. Ein Trupp Italiener, die vom Bahnhof direkt in die Fabrik besetzt wurden, kamen zum Lode wieder heraus. Die ganze Vorberufung, das benachbarte Baden waren auf dem Beinen, um das sich in Ludwigschafen abspielende Schauspiel zu sehen. Direktor Brand fuhr zurück aus Italien. Am 29. Januar kam dann vor dem Gewerbegericht folgende Einigung zustande: 10 prozentige Lohnerhöhung, 25, 50 und 100 Prozent für Überstunden, Sonntagsarbeit und Feiertage. Prämien und Gutmachergelder als fester Lohn, Wiederherstellung der 126 entlassenen Aufwärtler. Es waren dies die Arbeiter der Abteilungen Schwefelsäure, Selen und Kohlenhydrat. 6000 Mitglieder haben die Organisationen in diesen 4 Tagen gewonnen. Konnte man anfänglich der Meinung sein, die Bewegung sei ein Strohhalm, so sehen wir heute, daß das nicht der Fall war. Fortgesetzt abwechselnd stattfindende Abteilungsveranstaltungen haben uns heute eine geschulte, disziplinierte Mitgliederbesetzung gesichert, die sich ihrer Stärke in der Organisation bewußt geworden ist. Es sind heute keine 200 mehr unorganisiert in diesem Riesenbetriebe.

In rascher Reihenfolge wurden nun durch unsere Organisation in den bedeutendsten Betrieben, in denen wir dominierend sind, Tarife abgeschlossen. In Ludwigschafen mit den Firmen: Chamottefabrik Holz, Metallfabrik Dentscher, Pfälzische Preßfabrik und Spritzfabrik, Preßfabrik Röllig, Düngersfabrik Silbermann, Düngersfabrik Wögel, Düngersfabrik Zimmermann. In Mannheim mit der Zellstofffabrik Waldhof für ca. 2000 (zweitausend) Arbeiter. Für letztere ist der Tarif bereits wieder für 1907 erneut abgeschlossen. Im Laufe des Jahres wurden mit 15 Firmen Tarife vereinbart. Außerdem wurden durch Verhandlungen ohne Tarifabschluss bei 12 Firmen erhebliche Lohnerhöhungen erreicht.

Arbeitsverhältnisse sind 13 zu verzeichnen, davon verliefen ohne Erfolg 3. Lohnbewegungen überhaupt hatten wir im Jahre 1906 insgesamt 30, davon verliefen mit Erfolg 19, mit teilweisem Erfolg 8, ohne Erfolg 3. Es handelt sich bei diesen Angaben nur um solche Bewegungen, bei denen unsere Organisation die Führung hatte.

Öffentliche Versammlungen fanden 63, Betriebsversammlungen 190 statt. Von diesen öffentlichen Versammlungen entfallen auf das 2. Halbjahr nur 16. Es ist dies eigentlich eine notwendige Konsequenz der raschen Entwicklung der Organisation im 1. Halbjahr, da es zunächst galt, die Bewegungsmomente zu festigen. Während im ersten Halbjahr durch den Gewerkschaft nur in 13 Fällen Referenten für Mitgliederversammlungen gestellt wurden, waren es im zweiten Halbjahr 37. Hinzu kommt noch, daß die Betriebsbesprechungen im ersten Halbjahr lediglich Agitationszweck hatten (13), während die anderen (133) wegen Differenzen nötig waren. Die Betriebsversammlungen im zweiten Halbjahr waren zum großen Teil der Ergänzung gewidmet.

Eine Zahlstellenkonferenz beschäftigte sich mit der Vertriebsfrage. Der Gewerkschaft hatte die Absicht, eine Vereinigung aller Zahlstellen, die im Wirtschaftsbereich und in der chemischen Industrie in und um Ludwigschafen mit ihrer Mitgliedschaft aufgehen, herbeizuführen. Ebenso sollte die Zahlstelle Mannheim einen großen Teil der direkt vor Mannheim liegenden Zahlstellen, die außerdem mit einem ausgeprägten Wohlstand beglückt sind, in sich aufnehmen. Unseren Kollegen war aber leider mit Verstand nicht beizukommen. Die lächerlichsten Vorurteile mußten herhalten. Die jüngeren Mitglieder mag man dies noch entschuldigen, aber wenn alte Gewerkschaftler, die seit 1890 in der Organisation sind, mit dem abernen Köpfchen kommen, wie wollen eine Diktatur nicht von Ludwigschafen oder Mannheim, so möchte man schon an der gesunden Vernunft bezweifeln. Die Zahlstelle der Stadt Mandheim, die schon seit 3 Jahren den Verbandstagsbeschlüssen ignoriert, gibt allerdings ein böses Beispiel.

Für Mannheim wäre es eine Notwendigkeit, durch Vermittlung die Aufstellung eines 2. Beamten zu ermöglichen. Das Wirtschaftsbereich ist ein einheitliches, jedoch ist es für den Beamten, der die Gewerkschaften zu erledigen hat, unmöglich, dieses ausgeglichene Arbeitsfeld richtig zu bearbeiten. Ist doch fast die ganze männliche

Bevölkerung Einwohnerzahl von Mannheim, das heißt zum Gau 8 gehört in Mannheim beschäftigt. Gegenwärtig sind im Gau drei Zahlstellen angelegt. Zahlstellen sind 40 vorhanden. Wunter aber nach dem Verbandstagsbeschluss auf 17 reduziert werden. Von den ausgegebenen Fragebögen sind bei Abendung dieses Berichts (26. Januar) erst 25 eingelaufen. 17 Zahlstellen haben es also noch nicht für nötig erachtet, die paar Fragen zu beantworten, die eine Übersicht über den Mitgliederstand, den eine große Verschiebung nicht aufzuweisen dürfte, betriebsleistung u. s. w. gestatten würden. Revisionen müssen 9 vorgenommen werden und sind es meist immer wieder dieselben Zahlstellen, die mit ihren Abrechnungen ein oder zwei Quartale nachkommen. Mögen diejenigen, die es angeht, sich zur Notiz nehmen.

Verbandsnachrichten.

Achtung, Unterstützungsanzähler!

Das Mitglied Max Friedrich, Buch-Nr. 29 744, eingetreten den 24. 7. 1904 zu Meissen, ist von Chemnitz beschwunden und hat das Mitgliedsbuch des Kollegen Artur Berger, Buch-Nr. 81 288, eingetreten den 1. 6. 1905 zu Meissen, unter der Angabe, dasselbe sei beim Vertrauensmann, mitgenommen. Alle Zahlstellenleiter und Unterstützungsanzähler werden erucht, beim etwaigen Aufftauchen obenstehender Bücher selbige zu beschlagnahmen und weiteres an folgende Adresse gelangen zu lassen.

Franz Schmidt, Chemnitz i. S., Panzerstr. 74.

Dem Mitglied Heinz Kruse, eingetreten am 24. 11. 1900 zu Buch-Nr. 30 467, ist sein Mitgliedsbuch gestohlen worden. Sollte es irgendwo vorgelegt werden, ist es abzunehmen und nach Hannover einzuliefern.

Zugleich machen wir alle Unterstützungsanzähler darauf aufmerksam, daß es sich empfiehlt, von durchreisenden Kollegen nicht nur das Mitgliedsbuch, sondern auch noch eine andere Legitimation, wie Zusatzkarte oder dergleichen zu verlangen und Unterstützung nur dann auszuweisen, wenn beide Legitimationen übereinstimmen.

Vom 29. Januar ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

- Münberg S.-M. 1600,—, Nürnberg 858,20, Leipzig 800,—, Jpehoe 694,78, Dagerdorf 514,9, Zehdenitz 281,84, Schwedt 170,05, Ebershausen 128,78, P. L. Westen 75,—, Bruchdorf 48,24, Dären 22,40, Arnstadt 9,52, Zell 94,19, Neu-Debernitz 92,50, Lorch 75,—, Goldberg 24,8, Landau 19,—, Königshütte 14,10, Regen 6,—, Dresden 100,—, Nürnberg 600,—, Döberg 389,82, Ederthausen 27,00, Renfeldt 278,74, Chemnitz 160,20, Lauterbach 118,30, Empfen 25,—, Worms 7,50, Hocht. a. M. 400,—, Jahnitz 198,2, Danzig 165,10, Schöningen 80,20, Eiterwinden 64,32, Wolken 64,08, Steirn 800,—, Frankfurt a. M. 949,42, Köln 400,—, Wolgast 389,31, Neumünster 300,—, Oberchlema 100,—, Götting 30,25, Altona 1200,—, Ehligen 329,90, Pforzheim 266,14, Mügel 410,58, Quedlinburg 206,42, Brandenburg a. S. 163,35, Halberstadt 100,—, Göttror 90,—, Moschenbarf 78,90, Rattowitz 50,—, Ramenz 36,46, Sebnitz 293,19, J. Heymann 10,—, Genthin 9,30, Ebershausen 4,75, Schiffel 600,—, Alfeld 705,62, Pöbejud 400,—, Wülheim 372,90, Gotha 200,—, Gattenstedt 206,14, Färth 200,—, Wittenberg 200,—, Neustadt a. d. S. 50,—, Schwiebus 41,94, Breez 17,85, Zeiz 4,90, Bernau 2,50, Frankfurt a. M. 3000,—, Leipzig 38,70.

Schluss: Montag, 4. Februar, mittags 12 Uhr.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen haben erhalten:

Reiterbach, 5 Pf. pro Mitglied und Woche.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

- Mitgl. Artur Boras, Ruprechtstraße.
- Arnstadt, R. Richter, Bachsburgerstraße 42.
- Egerl. Gust. W. Adiel.
- Erfurt, Otto Adler, Pl. der Straße 17, 3. Et. l.
- Freistadt, Hermann Gerlach, Breitestraße 148.
- Freiburg i. S. Hugo Bertel, Stollenhausgasse 15, 5th.
- Glandau i. S. Bevollmächtigter Bernhard Reustel, Meeranerstraße 21.
- Görlitz, Aufenthaltunterstützung wird ausbezahlt bei Karl Rechenberger, Rauschwalderstraße 23.
- Mühlheim a. Rhein, Joh. Ketterbaum, Rheinstr. 25.
- Münsterstadt, Joh. Weber, Dammstädterstr. 18.
- Nürnberg, Paul Prober, Glatzstr.
- Schwann i. M. Aug. Rambow, Reichstraße 884.
- Singen, Karl B. Ker, Poststraße 539.

Briefkasten.

- B. in L. Berichte müssen mit dem Stempel der Zahlstelle versehen sein, auch darf das Papier nur auf einer Seite beschrieben werden.
- A. in G. Ueber Betriebe der Metallindustrie bringen wir Berichte nicht, aber Ziegeleien gern. Lassen wir es doch bei der Ablehnung!
- G. in R. Bericht ohne Stempel — Papierkorb.
- Pöbejud. Desgleichen! Fehlte sogar Unterschrift.

Inserate.

Zahlstelle Treptow a. d. Nege.
Die Erwerbslosenkontrolle findet beim Kollegen A. Brandmühl, Papenstr. 386, nachmittags zwischen 8 und 7 Uhr, statt. Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt beim Kollegen K. Dumstrey, Lehstr. 258b, Sonntags von 12—2 Uhr nachmittags.
1,05 A. Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Pommerensdorf.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Erwerbslosen-Unterstützung nur des Sonntags vormittags von 10—12 Uhr beim Kollegen Friedrich Ulrich, Alleestraße 16, 2. Et., ausbezahlt wird. Sämtliche Mitglieder unserer Zahlstelle haben ihre Kontrollkarte auf der Arbeitsstätte bei sich zu tragen und auf Verlangen dem Kontrollanten, welcher mit einer gelben Metallmarke versehen ist, vorzulegen.
1,35 A. Die Bevollmächtigten.

Uebersichts-Tabelle über die Arbeitslosigkeit im 4. Quartal 1906.

Gau	Zeit	Mitgliederzahl am Schluß des Quartals			Zu- oder Abnahme gegen das 3. Quartal 1906	Arbeitslose Mitglieder (unterstützt und nicht unterstützte)			Von den Arbeitslosen bezogenen Verbandunterstützung (insgesamt im Quartal)													
									a) am Orte					b) auf der Reise								
		männl.	weibl.	zusammen		männl.	weibl.	ges.	zahl der Tage	Mark	weibliche Mitglieder	zahl der Tage	Mark	männliche Mitglieder	zahl der Tage	Mark	weibliche Mitglieder	zahl der Tage	Mark			
1.	89	22 549	2 211	25 060	—	154	694	42	636	401	3 608	4 945	12	228	232	192	370	370	1	4	2	
2.	72	14 697	1 881	16 578	—	12	412	50	462	263	3 057	3 642	15	212	125	79	192	192	1	2	1	
3.	51	12 827	729	14 256	—	171	415	18	433	102	2 074	3 087	9	136	134	64	223	223	—	—	—	
4.	45	7 830	148	7 628	+	248	455	11	466	137	1 361	1 879	6	91	35	20	66	66	—	—	—	
5.	25	7 035	2 659	9 724	—	481	378	235	601	282	2 416	2 810	118	1954	963	129	208	208	—	—	—	
6.	32	4 942	584	5 453	+	307	71	8	79	30	278	337	3	48	25	19	56	56	—	—	—	
7.	42	9 532	634	10 066	—	1 655	187	25	212	114	726	726	24	70	41	17	27	27	—	—	—	
8.	45	7 549	332	7 901	—	905	333	9	272	87	833	920	7	169	116	40	97	97	—	—	—	
9.	19	2 299	108	2 417	—	13	28	—	28	18	65	84	—	—	—	8	16	16	—	—	—	
10.	24	22 520	1 849	24 369	+	875	652	12	665	267	1 189	2 577	7	81	44	192	478	478	—	—	—	
11.	76	2 332	226	* 2 559	—	—	133	8	141	78	1 158	1 221	8	171	80	20	43	43	—	—	—	
Eingetragener	—	75	2	80	+	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
		522	114 556	11 252	126 110	—	1 691	3685	408	3993	1829	17 765	21 736	209	3160	1794	780	1775	1775	7	16	8

* Die Mitglieder gehören bisher zum Gau 2. Zur 1. Dezember ist für die Provinz Sachsen ein besonderer Gau errichtet.